

Stellungnahme zum Beschlusses des 16. DPT zur Reform des Psychotherapeutengesetzes

Serge Sulz

Weshalb soll heute noch Bezug auf diesen Beschluss genommen werden? Der Beschlusses des 16. DPT zur Reform des Psychotherapeutengesetzes ist die bisher konkreteste Ausführung zum Thema.

Die heutigen Aussagen der Arbeitsgruppe (Richter, Melcop, Krenz) stehen zum Teil im Widerspruch zu den Aussagen des Beschlusses des 16. DPT (2010):

Fasst man den Beschluss wörtlich auf, so sieht dieser eine Psychotherapie-Ausbildung nach dem Masterstudium vor und keine Weiterbildung nach Approbation. Ob das nur eine kluge zurückhaltende Formulierung ist, die verhindern soll, dass große Proteste kommen? Denn die Redner sprachen von Direktausbildung und diese sieht die sofortige Approbation nach dem Studium vor.

Allerdings fordert auch der DPT-Beschluss eine umfassende Novellierung des Gesetzes.

D. h. obwohl es nur zwei wesentliche Mängel des gegenwärtigen Gesetzes gibt, soll es vollkommen verändert werden. Nichts soll bleiben, mit Ausnahme der Qualität. Kein Gedanke daran, dass es einfach darum gehen könnte, diese beiden Mängel durch Gesetzesänderung auszumerzen.

Man hofft halt, dass die gegenwärtige Qualität durch ganz neue Pläne herstellbar ist, obwohl niemand weiß, wie diese Pläne das schaffen sollen.

Diese Entscheidung, ein in weiten Teilen hoch effizientes Bildungssystem einzureißen und stattdessen ein ganz neues zu erschaffen, ist schwer nachvollziehbar. Es ist nur dann nachvollziehbar, wenn man die dahinter liegenden Motive erkennt. Die beste Psychotherapie-Ausbildung, die wir je hatten und die auch international ihres gleichen sucht, muss einem höheren Gut geopfert werden: der 100%igen Gleichberechtigung mit den Ärzten. In einer kleinen Reform ist dieses emanzipatorische Vorhaben nicht unterzubringen. Nur eine große Reform schafft dafür Raum.

Ehrlich wäre, das offen auszusprechen, anstatt die fehlende Bezahlung der Ausbildungsteilnehmer während der Praktischen Tätigkeit im psychiatrischen Krankenhaus als Hauptgrund zu nennen. Denn ob diese von der Reform wirklich profitieren werden, ist noch absolut offen. Wenn kein Geld da ist für gesetzlich vorgeschriebene tarifliche Bezahlung, dann werden die Klinikplätze für die Praktische Tätigkeit sehr knapp, was dazu führen kann, dass viele diese Ausbildung nicht mehr machen können und andere lange Wartezeiten in Kauf nehmen, wodurch sich ihre Ausbildung verlängert. Eine bessere Lösung wäre die vollständige Abschaffung des Psychiatriejahres in der Ausbildung und ersatzweise Etablierung eines Praktischen Jahres am Ende des Masterstudiums analog zum Medizinstudium, das ja BAfÖG-finanziert ist.

Zusammengefasst bleibt der Haupteinwand, dass wegen nur zwei genau so leicht mit einer kleinen Reform zu behhebender Mängel eine unnötige und riskante große Reform durchgedrückt werden soll.

Die bereits im DPT-Beschluss abzusehenden großen Mängel der angestrebten großen Reform sind in der angehängten Analyse des Beschluss-Textes benannt. Dabei wurde hier das Thema der "Approbation direkt nach dem Masterstudium" ausgeklammert. Denn da würden sich weitere gravierende Probleme ergeben (vergl. Sulz 2013).

Anlagen: Analyse des Beschlusses des 16. Deutschen Psychotherapeutentags DPT zur Reform des Psychotherapeutengesetzes mit tabellarischer Auflistung und Auswertung der Aussagen des Beschlusses

Literatur: S. Sulz (2013): Weiterbildung nach der dualen Direktausbildung in Psychotherapie - ein Konzept zur Gestaltung der Zukunft der Psychotherapie. Psychotherapie 18-2, 237-263

Serge Sulz am 27.11.2013 Serge.Sulz@ku-eichstaett.de Stand 29.12.2013